

«Reiche» Gemeinden mussten 19,6 Millionen an andere zahlen

Erstmals fand 2024 eine Umverteilung zwischen finanzstärkeren und -schwächeren Gemeinden statt.

Daniela Fritz

Der neue Finanzausgleich funktioniert wie gewollt, lautet ein erstes Fazit der Stiftung Zukunft.li über das Rechnungsjahr 2024. Erstmals mussten nämlich finanzstarke Gemeinden im Rechnungsjahr 2024 einen Teil ihres Überschusses an weniger finanzstarke Gemeinden abgeben. Der Landtag hatte im März 2023 die Einführung einer solch horizontalen Komponente abgesegnet. Die politische Debatte hat Zukunft.li mit zwei Publikationen, in denen sie die Neuausrichtung empfahl, wesentlich mitgeprägt.

Systemwechsel sei «im Sinne des Erfinders»

Die Anpassung sei «im Sinne des Erfinders», kam Projektleiter Thomas Lorenz zum Schluss. Zwar müsse die

Wirkung des Systemwechsels über einen längeren Zeitraum bewertet werden. Nach dem ersten Jahr zeige sich aber, dass die bisherigen systembedingten Nachteile von mittelgrossen Gemeinden beseitigt werden konnten. Schaan, Vaduz und zu einem kleinen Teil auch Gamprin mussten insgesamt 19,6 Millionen Franken an finanzschwächere Gemeinden abgeben. Am stärksten traf dies Schaan: Ohne Systemänderung wäre das Betriebsergebnis bei 35,1 Millionen Franken gelegen, durch den horizontalen Ausgleich waren es tatsächlich nur 24,4 Millionen. Wohlbemerkt handelt es sich dabei nicht um das Gesamtergebnis, das Finanzergebnis wie auch Investitionen sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Umgekehrt profitierten auf der Empfängerseite sieben Gemeinden vom Systemwechsel. Nach den alten

Parametern hätten sie laut den Berechnungen der Stiftung Zukunft.li zusammen einen Verlust von 5,6 Millionen Franken eingefahren, durch das neue Finanzausgleichssystem kommen sie auf ein Plus von 13,7 Millionen Franken. Am stärksten kam dies Triesen zugute, während sich bei Ruggell praktisch keine Änderung ergab.

Sieben Gemeinden erhielten mehr Geld als vor der Reform

Mit Ausnahme von Schaan und Vaduz erhielten neun Gemeinden weiterhin Finanzzuweisungen vom Land. 2024 lag dieser vertikale Finanzausgleich bei 33,5 Millionen Franken, vor der Reform waren es im Schnitt 43 Millionen pro Jahr. Obwohl also das Land weniger Geld ausgab, erhielten sieben Gemeinden aufgrund der horizontalen Ausgleichszahlungen mehr Geld als

vor dem Systemwechsel. 53 Millionen Franken betrug der Finanzausgleich im vergangenen Jahr insgesamt.

Obwohl die Steuerkraftunterschiede reduziert werden konnten, könnte der Finanzausgleich also bald wieder zum politischen Thema werden. «Trägt der neue Finanzausgleich noch zur angestrebten Balance bei – oder wurde über das Ziel hinausgeschossen?», fragten sich Thomas Lorenz und Theresa Goop von der Stiftung Zukunft.li. Schliesslich müssten die Gemeinden weiterhin Anreize haben, eigene Steuereinnahmen zu generieren, statt sich auf den Finanzausgleich zu verlassen. «Mit der Erhöhung des Finanzausgleichs um beinahe 60 Prozent für die Empfängergemeinden hat der Landtag definitiv einen jährlich wiederkehrenden Goldregen geschaffen», so Lorenz und Goop. **5**

Finanzausgleich: So hätten die Gemeinden 2024 ohne Systemwechsel abgeschnitten

Die Gebergemeinden mussten 19,6 Millionen Franken an finanzschwächere Gemeinden abgeben. Wer hat davon am meisten profitiert?

Daniela Fritz

Elf Gemeinden, ein Land, zwölf Interessen. Die Reform des Finanzausgleichs gestaltete sich langwierig. Im März 2023 beschloss der Landtag schliesslich die Einführung einer horizontalen Komponente: Finanzstarke Gemeinden zahlen also einen Teil ihres Geldes an finanzschwächere.

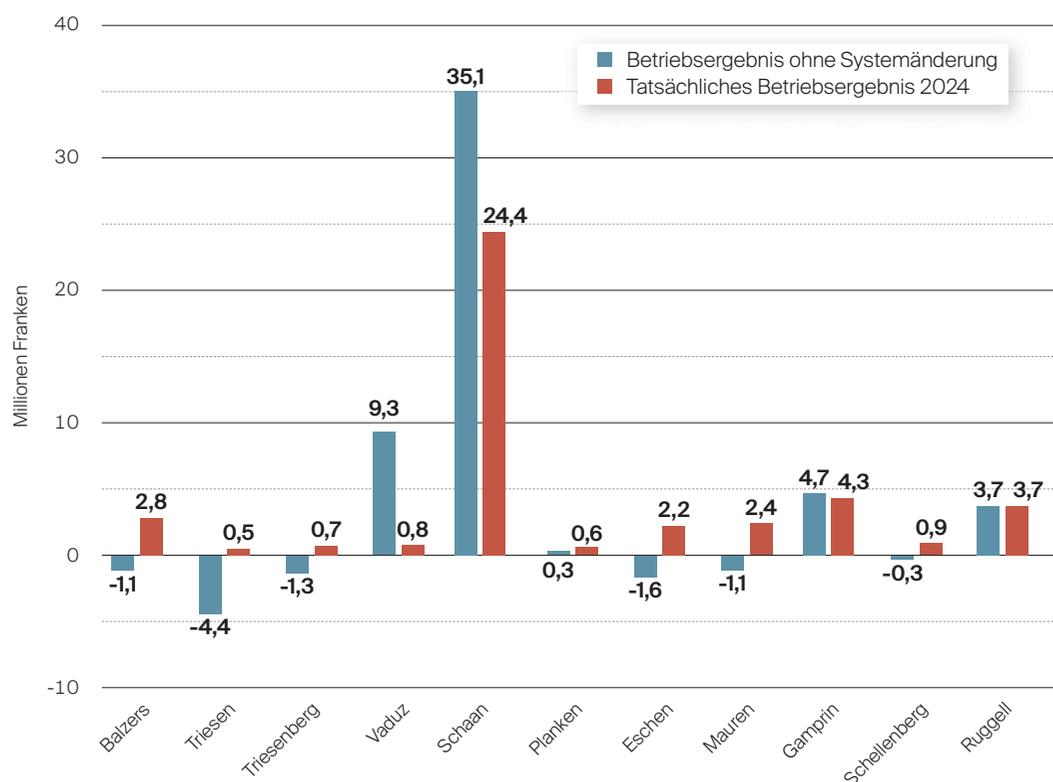
2024 griff die neue Regelung erstmals. Die Stiftung Zukunft.li hatte bereits 2016 horizontale Elemente empfohlen und zog nun eine erste Bilanz. Projektleiter Thomas Lorenz zeigte auf, wie die Betriebsergebnisse der Gemeinden ohne die Reform ausgefallen wären.

Schaan, Vaduz und Gamprin mussten abgeben

Sein Fazit: Die Anpassung sei «im Sinne des Erfinders». Die bisherigen systembedingten Nachteile von mittelgrossen Gemeinden konnten beseitigt werden. Allerdings schränkt Lorenz ein, dass ein Jahr zu kurz für eine abschliessende Bewertung sei. Schliesslich könnten einzelne Vorgänge wie etwa grosse werterhaltende Massnahmen an der Infrastruktur das Ergebnis wesentlich beeinflussen. Die Wirkung des Systemwechsels müsse daher über einen längeren Zeitraum bewertet werden.

2024 fand also die gewünschte Umverteilung zwi-

Betriebsergebnisse der Gemeinden nach altem und neuen Finanzausgleich



Quelle: Stiftung Zukunft.li/Gemeinderechnungen; Grafik: Stefan Aebi

schon den Gemeinden statt: Dass Schaan und Vaduz, die in der Vergangenheit trotz des niedrigstmöglichen Gemeindesteuerzuschlags von 150 Prozent hohe Reserven gebildet haben, zu den Gebern gehören, überrascht nicht. Schaan spürte die Reform am stärksten: Die

Gemeinde erzielte zwar ein Betriebsergebnis von 24,4 Millionen Franken, musste aber 10,7 Millionen abgeben. Ohne die Reform hätte der operative Gewinn somit bei 35,1 Millionen gelegen. Der horizontale Finanzausgleich belastete die Rechnung erheblich, erklärte

die Gemeinde. Einige Ausgaben, etwa für das TAK, stehen laut Vorsteher auf dem Prüfstand.

In Vaduz läge das Betriebsergebnis ohne Reform bei 9,3 Millionen, tatsächlich blieben nur 0,8 Millionen Franken. Auch Gamprin musste einen

kleinen Beitrag leisten: Aus der Betriebsrechnung resultierte ein Plus von 4,3 Millionen – ohne der Änderung am Finanzausgleich wären es 4,7 Millionen Franken gewesen. Diese Zahlen berücksichtigen weder Finanzergebnisse noch Investitionen, die das Gesamtergebnis nochmals deutlich verändern können.

Auf der Empfängerseite profitierten sieben Gemeinden vom horizontalen Finanzausgleich. Nach den alten Parametern hätten sie zusammen einen Verlust von 5,6 Millionen Franken eingefahren, durch die horizontalen Ausgleichszahlungen kamen sie auf 13,7 Millionen Franken Plus. Am stärksten kam das Triesen zugute: Die Gemeinde erzielte 2024 dank Finanzzuweisungen aus den Gemeinden ein betriebliches Plus von 0,5 Millionen Franken, ansonsten wäre es ein Minus von 4,4 Millionen gewesen. Auch Eschen, Triesenberg, Mauren, Balzers und Schellenberg hätten ihre betriebliche Rechnung nach der alten Systematik im roten Bereich schliessen müssen.

Empfängergemeinden bekamen mehr Geld

Neben dem horizontalen Element gibt es in einem zweiten Schritt weiterhin Geld vom Land, sofern der Mindestfinanzbedarf nicht gedeckt ist,

den die Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Dieser errechnet sich aus der Steuerkraft pro Kopf, die Berechnungsmethode wurde 2023 ebenfalls angepasst. Der kalkulatorische Steuerzuschlag wurde von 200 Prozent auf das gesetzliche Minimum von 150 Prozent gesenkt, damit gelten Gemeinden rechnerisch als «ärmer». Sie erhalten also mehr Ausgleichszahlungen. Kleine Gemeinden wie Schellenberg, Gamprin, Planken, Ruggell und Triesenberg erhielten zudem Ausgleichszahlungen aufgrund ihrer Kleinheit, Triesenberg weiters einen Sonderbetrag von 3,4 Millionen für das Naherholungsgebiet Malbun-Steg.

Insgesamt flossen 2024 rund 53 Millionen Franken an die Gemeinden, davon 19,6 Millionen aus den drei Gebergemeinden. Vor der Reform zahlte ausschliesslich das Land, im Schnitt 43 Millionen pro Jahr. Sieben Gemeinden erhielten 2024 mehr Geld als zuvor. Am deutlichsten zeigt sich dies am Beispiel Triesen: Zwischen 2019 und 2023 bekam die Gemeinde durchschnittlich 2,2 Millionen Franken vom Staat. 2024 flossen zwar 0,5 Millionen weniger vom Land, doch der horizontale Ausgleich brachte 3,2 Millionen. Insgesamt erhielt Triesen 2,7 Millionen mehr als in den Vorjahren.